

**Kleine Anfrage der Fraktion der CDU****Reinigung der Hinterlassenschaften von Hunden auf Spielplätzen, insbesondere dem „Findorffer“ Spielplatz sowie der damit verbundenen Finanzierung**

Auf dem „Findorffer“ Spielplatz an der Nürnberger Straße ist das Führen von Hunden gemäß den örtlich festgesetzten Regeln untersagt. Ein kleines älteres Schild weist auf das Verbot hin. In den letzten Monaten wurde von Medien berichtet, dass dort regelmäßig gegen diese Regel verstoßen wird. Das Amt für Soziale Dienste berichtet in diesem Zusammenhang, dass oftmals Hunde und ihre Halterinnen und Halter beim Auslauf und Spielen auf dem Gelände (und den Nachbargeländen) von Anwohnerinnen und Anwohner beobachtet werden und die Hunde dementsprechend ihre Notdurft dort verrichten. Die Folge davon sind zahlreiche Haufen und gebuddelte Löcher, die den Spielplatz verunreinigen. Reinigungstrupps müssten die Hinterlassenschaften laut dem Amt für Soziale Dienste regelmäßig entfernen. Der Findorffer Beirat und das Amt für Soziale Dienste haben daher Maßnahmen angekündigt, um diesen Entwicklungen entgegenzutreten.

In der Antwort auf die mündliche Anfrage der Fraktion der CDU „Hundehinterlassenschaften und Müll auf Spielplätzen – wie oft und mit welchen Kosten reinigt der Umweltbetrieb?“ in der Fragestunde der 23. Sitzung der Stadtbürgerschaft Ende März 2025 wurde beschrieben, dass die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration unter anderem den Umweltbetrieb Bremen, ein Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, der zum Ressort der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft gehört, mit der turnusmäßigen Reinigung der Spielräume im Sommer einmal pro Woche (im Winter vierzehntägig) beauftragt. Konkret werde der „Findorffer“ Spielplatz an der Nürnberger Straße in den Sommermonaten bis zu drei Mal pro Woche gereinigt und darüber hinaus laut Senat umgehend, wenn Verschmutzungen oder Hundehinterlassenschaften gemeldet wurden.

Ferner liegt für die Reinigung und Instandhaltung von 203 öffentlichen Spielplätzen ein Budget von circa 1,30 Millionen Euro im Haushalt des Sozialressorts vor. Laut Aussage des Sozialressorts gehen aus der Haushaltstelle „Unterhaltung von Spielplätzen und -flächen“ mit einem

Haushaltsanschlag von 1 356 130,00 Euro konkret 882 551,88 Euro an den Umweltbetrieb Bremen für die Unterhaltung von 135 öffentlichen Spielplätzen und 416 676,05 Euro an die JUS gGmbH für die Unterhaltung von 52 öffentlichen Spielplätzen. Etwa 16 Spielplätze werden von kleineren Unterhaltungsträgern (zum Beispiel bras e. V.) unterhalten. Der Umweltbetrieb Bremen und JUS erhalten somit insgesamt 1 299 227,93 Euro. Zwischen den Ausgaben und den angegebenen Reinigungen am „Findorffer“ Spielplatz an der Nürnberger Straße einerseits und den Berichten über die Hinterlassenschaften andererseits liegt dementsprechend ein Missverhältnis.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Vorbemerkung: Bitte alle Fragen gesondert beantworten.

1. Wie verteilen sich die 882 551,88 Euro des Umweltbetriebs Bremen für die Unterhaltung der 125 öffentlichen Spielplätze, und haben bestimmten Spielplätze, insbesondere der „Findorffer“ Spielplatz an der Nürnberger Straße, einen höheren Reinigungs- und Finanzbedarf als andere?
2. Sieht der Senat die Mittel als ausreichend für die Reinigung der Spielplätze an, und welche Maßnahmen zieht er in Erwägung, um gegen die Verschmutzungen auf Spielplätzen, insbesondere in Form von Hundehinterlassenschaften, in den nächsten sechs Monaten vorzugehen?
3. Wie bewertet der Senat das Missverhältnis zwischen den Ausgaben und den angegebenen Reinigungen am „Findorffer“ Spielplatz an der Nürnberger Straße einerseits und den Berichten über die Hinterlassenschaften andererseits?
4. Inwiefern arbeiten das Umweltressort beziehungsweise der Umweltbetrieb Bremen mit dem Ordnungsamt bezüglich der regelmäßigen Verstöße auf dem „Findorffer“ Spielplatz und anderen Spielplätzen zusammen, und welche Erkenntnisse zieht der Senat daraus?
5. Hat es in anderen Stadtteilen Beschwerden zu Hundehinterlassenschaften und Verschmutzungen auf Spielplätzen gegeben, bei denen sich auch der jeweilige Beirat damit befassen musste?

Hartmut Bodeit, Frank Imhoff und Fraktion der CDU